

PLENUM 2019



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Für ein starkes und soziales Europa

CARSTEN TRÄGER:

Die Mindestvergütung für Auszubildende kommt

GABRIELA HEINRICH:

70 Jahre Europarat – ein Grund zum Feiern

MARTINA STAMM-FIBICH:

Jahresbericht des Petitionsausschusses

MARTIN BURKERT:

Forderung nach mehr Investitionen in die Schiene

Ein starkes soziales Europa für eine nachhaltige Zukunft

Diese Europawahl ist eine Richtungsentscheidung: Der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Nationalismus, die Erhaltung unseres Weltklimas, die soziale Gestaltung von Digitalisierung und Globalisierung und gerechte Steuern für internationale Konzerne müssen international angepackt werden.

Vom 23. bis 26. Mai 2019 wählen rund 400 Millionen Menschen in den 28 Mitgliedsstaaten ein neues Parlament für die Europäische Union. Es ist eine Richtungsentscheidung. In Deutschland ist der Wahltag am 26. Mai – und die Briefwahl bereits in vollem Gange. Für uns steht fest: Die Antwort auf die weltpolitischen Herausforderungen kann nur lauten „Europe united!“. Nur eine starke Europäische Union, die sich auch sozialen Ausgleich zur Aufgabe macht, ermöglicht uns auch in Zukunft ein Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand.

Nur über die EU können wir unser bewährtes Modell des Sozialstaats im 21. Jahrhundert gegen den internationalen Turbokapitalismus verteidigen – und über eine sozialdemokratische Handelspolitik weltweite soziale und ökologische Standards vorantreiben.

Aus dem europäischen Binnenmarkt, der enormen Wohlstand geschaffen hat, muss jetzt endlich ein gemeinsamer Sozialraum werden. Wer Vollzeit arbeitet, darf nirgends in der Europäischen Union einen Lohn unter der Armutsgrenze erhalten. Deshalb wollen wir ein System fairer Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten und starke Gewerkschaften, die für gute Löhne



Foto: Adobe Stock Lulla

sorgen. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss ohne Einschränkungen gelten – auch beim Vergleich von Frauen und Männern. Mit gemeinsamen Regeln können wir eine starke Wirtschaft und gute soziale Absicherung in ganz Europa zusammenbringen.

Auch internationale Unternehmen wie die großen Digitalkonzerne und die Finanzmärkte müssen in Europa gerecht besteuert werden. Die SPD kämpft gegen Steuerdumping. Wir brauchen eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern, eine Digitalsteuer und eine Finanztransakti-

onssteuer. Mit deren Einnahmen werden wir in Schulen, in eine moderne Infrastruktur und in Forschung, zum Beispiel in die Speichertechnologie für grünen Strom, investieren. Auch für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit werden wir mehr Geld bereitstellen. Das Verschieben von Gewinnen und Verlusten durch Großkonzerne zwischen verschiedenen Ländern und den grenzüberschreitenden Steuerbetrug werden wir massiv eindämmen. All das gibt es nur mit der SPD.

Der schnellste Weg für mehr soziale Gerechtigkeit, gerechte Steuern und ökologische Nachhaltigkeit in der europäischen Politik ist ein Wechsel an der Spitze der EU-Kommission. Wenn die Fraktion der Sozialisten & Demokraten nach der Wahl die größte im Parlament ist, kann Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Parteien in Europa, Kommissionschef werden.

Dieses Ziel ist greifbar nah. Timmermans ist der einzige progressiv-linke Kandidat, der das schaffen kann. Deshalb müssen alle, die möglichst schnell mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der europäischen Politik wollen, Frans Timmermans unterstützen – und SPD wählen!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

f facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Mindestvergütung für Auszubildende kommt

Wir führen den Mindestlohn für Azubis ein und erweitern das BAföG. Damit verbessern wir gezielt die Lebenssituation junger Menschen und unterstützen die Ausbildung unserer dringend benötigten Fachkräfte von morgen.

Zehntausende Azubis bekommen bald mehr Geld: Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine neue Mindestvergütung für Auszubildende auf den Weg gebracht.

Ab dem kommenden Jahr sollen Azubis im ersten Lehrjahr mindestens 515 Euro im Monat erhalten. Bis 2023 soll dieser Basisbetrag auf 620 Euro ansteigen. In den weiteren Lehrjahren soll die Mindestvergütung dann bei 18, 35 und 40 Prozent über dem Basisbetrag liegen – 2023 im vierten Lehrjahr also bei 868 Euro im Monat.

Jeder junge Mensch in Deutschland soll die Chance auf ein erfolgreiches Leben haben. Die duale Ausbildung ist eine Grundlage für unsere Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand. Mit der Mindestausbildungsvergütung wird sie jetzt noch attraktiver. Das ist wichtig, denn wir brauchen qualifizierte Fachkräfte in Ausbildungsberufen.

Die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden wird aufgrund von guten Tarifverträgen ordentlich bezahlt. Aber jetzt müssen auch nicht tarifgebundene Betriebe ihre Auszubildenden anständig vergüten. Das ist dringend notwendig: Laut der Bundesagentur für Arbeit bekommen 115.000 Azubis aktuell weniger als 500 Euro monatlich.



Foto: iStock.com/bowdenimages

Wer eine Ausbildung macht, muss sich darauf verlassen können, dass der Lebensunterhalt während dieser Zeit ordentlich abgesichert ist. Auszubildende tragen zur betrieblichen und gesellschaftlichen Wertschöpfung bei – und das muss sich in ihrer Vergütung widerspiegeln.

Auf Drängen der SPD hat das Bildungsministerium nachgebessert: Die Mindestvergütung soll nun deutlich über dem Schüler-BAföG liegen, denn von der Ausbildungsvergütung werden – anders als beim Schüler-BAföG – auch Sozialbeiträge erhoben. Junge Leute in Ausbildung dürfen nicht schlechter dastehen, als diejenigen gleichen Alters, die sich entschlossen haben, einen anderen Bildungsweg zu gehen.

Verbesserungen auch beim BAföG

Die SPD hat das BAföG eingeführt und immer wieder dafür gesorgt, dass die Leistungen angepasst werden, damit möglichst viele bedürftige Studierende unterstützt werden können.

Wir investieren mehr als eine Milliarde Euro in eine umfassende Reform des BAföG. Wir erhöhen den Wohnzuschlag, die Bedarfssätze, den Förderungshöchstsatz, die Einkommensfreibeträge und den BAföG-Zuschlag zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Wir stärken die berufliche und die universitäre Bildung und schaffen mehr Chancengleichheit im Bildungssystem – für eine gute Zukunft in einem solidarisches Land!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela



70 Jahre Europarat – ein Grund zum Feiern

Der Europarat ist der Hüter der Menschenrechte von 820 Millionen Menschen. Er ist wichtiger denn je – wenn er sich erneuert und gestärkt wird.

Der Europarat wurde 1949 auf den Trümmern des zweiten Weltkriegs gegründet und ist heute eine internationale Organisation mit 47 Mitgliedsstaaten mit Sitz in Straßburg. Alle europäischen Länder außer Weißrussland sind vertreten (weil in Weißrussland noch die Todesstrafe vollstreckt wird).

Fast 70 Jahre eine hervorragende Bilanz

Der Europarat schuf die europäische Menschenrechtskonvention und war zunächst die Basis für die Zusammenarbeit Westeuropas. Ab 1989 half er den osteuropäischen Staaten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wacht über die Einhaltung der Grundrechte. Und die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PVER), bei der ich auch mitmache, verabschiedete unzählige wichtige Resolutionen.

Die Probleme in der Gegenwart

Bei der PVER bilden sich ungute Allianzen, die unliebsame Berichte weg-

stimmen. Staaten stellen mehr und mehr die Urteile des EGMR in Frage. Das nimmt Bürgerinnen und Bürgern in solchen Ländern die letzte Instanz, ihre Rechte einzuklagen zu können. Das nationale Recht autoritärer Mit-

finanzierungskrise: Die Türkei hat die Beiträge gekürzt, Russland zahlt seine Beiträge nicht, weil nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim die Duma-Abgeordneten im Europarat kein Stimmrecht mehr haben.

„Die Werte des Europarats werden jetzt, nach 70 Jahren, bedroht. Seine Stärkung ist daher dringend geboten“

Wie lässt sich der Europarat wieder stärken?

Eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten kämpft – an-

ders als die Populisten – für die Werte und Regeln des Europarats. Ich bin mit meinem Kollegen Frank Schwabe Teil dieser Gruppe. Wir suchen erstens den Dialog mit Russland, damit es wieder kooperiert. Die Entscheidung zu Russland steht in Straßburg im Juni auf der Tagesordnung. Wir fordern zweitens, die Finanzierung des Europarates dauerhaft sicherzustellen. Und wir arbeiten drittens an Sanktionsmechanismen: Gegen Staaten, die sich nicht an die Menschenrechte halten und gegen Abgeordnete, die sich nicht an die Regeln halten. Wenn wir das alles schaffen, dann hätten wir in Europa wieder eine Menschenrechtsorganisation, die 820 Millionen Menschen wirklich hilft.

ders als die Populisten – für die Werte und Regeln des Europarats. Ich bin mit meinem Kollegen Frank Schwabe Teil dieser Gruppe. Wir suchen erstens den Dialog mit Russland, damit es wieder kooperiert. Die Entscheidung zu Russland steht in Straßburg im Juni auf der Tagesordnung. Wir fordern zweitens, die Finanzierung des Europarates dauerhaft sicherzustellen. Und wir arbeiten drittens an Sanktionsmechanismen: Gegen Staaten, die sich nicht an die Menschenrechte halten und gegen Abgeordnete, die sich nicht an die Regeln halten. Wenn wir das alles schaffen, dann hätten wir in Europa wieder eine Menschenrechtsorganisation, die 820 Millionen Menschen wirklich hilft.





Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Petitionsausschuss übergibt den Jahresbericht für 2018

Deutliche Steigerung an Eingaben – 1682 Petitionen mehr als im Vorjahr erreichten den Bundestag. Im Grundrecht in Artikel 17 verankert.

In dieser Woche haben wir den Jahresbericht 2018 des Petitionsausschusses an Bundestagspräsident Dr. Schäuble übergeben. Als stellvertretende Ausschussvorsitzende freue ich mich über die Entwicklung der Eingaben. 13.189 Petitionen wurden eingereicht, 2017 waren es 11.507. Das spricht für die Attraktivität des Petitionsrechts, das in Artikel 17 des Grundgesetzes verankert ist.

Es lohnt sich, eine Petition beim Bundestag einzureichen – nicht nur in Einzelfällen, sondern auch mit Vorschlägen zur Gesetzgebung. Häufig fließen die Anliegen mit in Gesetze ein, gerade in der Gesundheitspolitik. Cannabis als Medizin gäbe es beispielsweise heute ohne eine damals eingereichte Petition nicht.

Ein aktuelles Beispiel ist die Petition der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). Sie haben sich damit gegen die zunächst vom Ministerium geplante Einführung einer „gestuften“ Versorgung in der Psychotherapie gewandt. Zur Unterstützung haben sie gut 217.000 Unterschriften gesammelt. Am Ende wurde die Regelung aus dem Gesetzentwurf gestrichen.

Auch die vielen Petitionen, mit denen die Abschaffung der Zeitumstellung



Die Mitglieder des Petitionsausschusses überreichen Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble den Jahresbericht 2018. Insgesamt 13.189 Petitionen wurden eingereicht.

gefordert wurde, wirken. Wir haben sie an das Europäische Parlament und an die Bundestagsfraktionen überwiesen. Die Europäische Kommission hat

mittlerweile einen Gesetzgebungsvorschlag zur Abschaffung der Zeitumstellung vorgelegt, der im Parlament und im Rat diskutiert wird.

Das müssen Sie zum Petitionsrecht wissen

DAS PETITIONSRECHT ist ein „Jedermannsrecht“ – alle Menschen können es nutzen, unabhängig von Alter oder Nationalität.

PETITIONEN müssen direkt beim Parlament eingereicht werden – per Post, per Fax oder online: <https://epetitionen.bundestag.de>

MIT ÜBER 2,6 MILLIONEN registrierten Nutzerinnen und Nutzern ist das Portal des

Ausschusses nach wie vor das erfolgreichste Internetangebot des Parlaments.

KAMPAGNEN bei privaten Plattformen können im Bundestag nicht als Petitionen behandelt und im Ausschuss beraten werden

PETITIONEN, die in vier Wochen 50.000 Mitzeichnungen erhalten, werden im Ausschuss mit den Petentinnen öffentlich beraten.



Forderung nach mehr Investitionen in die Schiene

Bei der öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses sind sich alle Experten einig: In die Schieneninfrastruktur muss viel mehr investiert werden.

Anträge aller fünf Fraktionen wurden bei der Anhörung des Verkehrsausschusses zum Eisenbahnmarkt diskutiert. Experten aus der Bahnbranche standen den Fachpolitikerinnen und -politikern Rede und Antwort.

Mit der in den vergangenen Jahren auf Verschleiß gefahrenen Schieneninfrastruktur sei es nicht möglich, eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und eine Erhöhung der Fahrgastzahlen im Fernverkehr zu erreichen. Am Beispiel Schweiz wurde aufgezeigt, wie es gelingen könnte, die Schiene zu stärken.

Regula Herrmann vom Bundesamt für Verkehr der Schweizerischen Eidgenossenschaft sagte, dass der Anteil aus Steuergeldern zur Finanzierung der Bahn pro Person in der Schweiz deutlich höher sei als in Deutschland. In der Schweiz flössen in den Fonds zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur mit Mineralöl- und Schwerverkehrsabgaben auch Straßensteuern – schließlich profitiere auch die Straße davon, wenn sie durch die Schiene entlastet werde.

Die „Allianz pro Schiene“ begrüßte, dass der Bund über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mehr Geld in die Instandhaltung investiere und die Mittel für Aus- und Neubau gestiegen seien. Wolle man mehr



Der Verkehrspolitiker Martin Burkert, MdB, spricht im Verkehrsausschuss zur Bahnpolitik.
Foto: Marco Urban

Verkehr auf die Schiene bekommen, sei das aber nicht ausreichend. „Wir gehen von zehn Milliarden Euro aus“, sagte Dr. Andreas Geißler. Zugleich sprach er sich für eine Erweiterung der Laufzeit der LuFV von fünf auf zehn Jahre aus.

Seit der Bahnreform im Jahr 1994 gebe es 50 Prozent mehr Transport auf der Schiene, aber zugleich ein gealtertes Schienennetz, sagte Alexander Kirchner von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. Die Instandhaltungsaufwendungen seien folglich drastisch gestiegen. Kirchner verdeutlichte, dass

die Verdoppelung des Personenverkehrs und die Steigerung des Anteils im Schienengüterverkehr auf 25 Prozent mit der Bestandsinfrastruktur nicht erreichbar seien. „Dazu müssen wir in den Ausbau der Knoten sowie in Neu- und Ausbaustrecken investieren“, sagte er. Der derzeitige Finanzierungsrahmen reiche nicht aus.

Im gemeinsamen Antrag mit der Union fordern wir, dass der Investitionshochlauf der vergangenen Jahre verstetigt werden muss. Mit der LuFV III soll es zu einer geringeren Störanfälligkeit des Netzes kommen.